

01.09.2021
141a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



**Gemeinsamer Aufruf der Vorsitzenden
der Deutschen Bischofskonferenz und
des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
zur Wahl des 20. Deutschen Bundestages am 26. September 2021**

„Wir haben die Wahl!“

Zusammenhalt stärken durch Achtsamkeit, Solidarität und Gerechtigkeit

*„Im Augenblick soll euer Überfluss ihrem Mangel abhelfen,
damit auch ihr Überfluss einmal eurem Mangel abhilft.
So soll ein Ausgleich entstehen“.
(2 Korinther 8,14)*

*Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing,
und der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD),
Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, veröffentlichen zur
Bundestagswahl am 26. September 2021 diesen Aufruf:*

„Am 26. September 2021 wird ein neuer Deutscher Bundestag gewählt. Als christliche Kirchen sehen wir uns in der Mitverantwortung für unser demokratisches Gemeinwesen. Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger, den politischen Weg unseres Landes aktiv mitzugestalten. Eine lebendige Demokratie bedarf der Teilhabe, der Teilnahme und des Engagements der Menschen. Der erste und wichtigste Schritt dazu ist, sich ein eigenes verantwortliches Urteil zu bilden und das eigene Wahlrecht auszuüben. Je höher die Wahlbeteiligung ist, desto besser können die Anliegen und Interessen der Wählerinnen und Wähler im Parlament vertreten werden und in eine Politik umgesetzt werden, die einem achtsamen, solidarischen und gerechten gesellschaftlichen Miteinander dient.

Herausforderungen unserer Gesellschaft

In den letzten Jahren sehen wir uns als Gesellschaft vielen Herausforderungen gegenüber. Sehr deutlich steht uns die Flutkatastrophe aus diesem Sommer vor Augen. Hier wird nachhaltige Unterstützung und Hilfe für die Betroffenen nötig

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel. +49 (0) 228 103 214
Fax +49 (0) 228 103 254
Mail pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
twitter.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz

sein. Sie haben an Leib und Seele Schaden genommen, Hab und Gut, in vielen Fällen ihr Dach über dem Kopf oder sogar Angehörige verloren. Unsere Gesellschaft als Ganze ist gefragt, hier weitestgehende und vielfältige Unterstützung zu leisten. Die Politik wird sich um vorausschauende und nachhaltige Lösungen für den Wiederaufbau, aber auch für Präventionsmaßnahmen im Blick auf zukünftige Unwetterkatastrophen bemühen müssen.

Nach wie vor bedrängt uns die Corona-Pandemie, die vielen Verstorbenen und die Menschen, die unter den schweren gesundheitlichen und materiellen Folgen leiden. Hinzu kommen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie und die daraus resultierenden Einschränkungen im kulturellen und religiösen Leben. All das wird wohl noch lange nicht verwunden und überwunden sein. Durch die Gefährdung von Leben und Gesundheit, durch psychische Belastungen, gerade auch von Kindern und Jugendlichen, durch Einschränkungen von Freiheitsrechten und sozialem Miteinander, durch die wirtschaftliche Unsicherheit in der Zeit des Lockdowns oder die Sorge vor und die Diskussionen um Triage-Entscheidungen: in der Pandemie haben sich die Fragen nach Gleichheit, Gleichwertigkeit und Menschenwürde, nach der Freiheit der Menschen und auch nach den Anforderungen an die Solidarität und die Gerechtigkeit in der Gesellschaft auf eine neue Weise gestellt.

Gegenseitige Achtung, Solidarität und Gerechtigkeit in der Gesellschaft

Gegenseitige Achtung, Solidarität und Gerechtigkeit halten unsere Gesellschaft zusammen. Wir alle sind aufgefordert, unser Wissen und unsere Fähigkeiten für das Gemeinwohl einzubringen. Die Starken helfen den Schwachen; so entsteht ein sozialer Ausgleich. Solidarisch und gerecht ist es, keinen Menschen beispielsweise aufgrund der religiösen Überzeugung, der Hautfarbe, des Geschlechts, des Alters, der sexuellen Orientierung oder der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe auszugrenzen. In unserer christlichen Überzeugung ist jeder Mensch von Gott einzigartig geschaffen und mit derselben unveräußerlichen Würde der Person ausgestattet worden. Deshalb ist uns ein gesellschaftliches Miteinander wichtig, in dem die universalen und unteilbaren Menschenrechte aller Menschen respektiert werden.

Die Gesellschaft jetzt und für die Zukunft gestalten

In vielen Bereichen müssen verantwortliche und zukunftsfähige Entscheidungen getroffen werden. Dies gilt insbesondere

- beim Wirtschaften und in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Wie wichtig ein gut funktionierender Sozialstaat ist, hat nicht zuletzt die Pandemie gezeigt. Die Anstrengungen des Staates, in der Krise zur Sicherung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen beizutragen, sind für viele Menschen sehr hilfreich gewesen. Es gehört zu den Aufgaben einer guten Politik, die Menschen in gute Arbeit zu bringen, damit sie und ihre Familien jetzt und im Alter angemessen davon leben können. Auch mit den finanziellen Folgelasten der Pandemie muss so umgegangen werden, dass der soziale

Ausgleich, der zu den Grundfesten der Sozialen Marktwirtschaft gehört, nicht geschwächt, sondern gestärkt wird.

- bei der verantwortlichen Gestaltung der Digitalität, die in der Pandemie einen weiteren Schub erhalten hat. Der Umgang mit digitaler Kommunikation muss viel mehr als bisher von einer intensiven zivilgesellschaftlichen Debatte begleitet werden. Auch Algorithmen und ihre Programmierung brauchen Verantwortung. Dies gilt erst recht deshalb, weil die Teilhabe und Teilnahme am öffentlichen Leben immer mehr die Nutzung digitaler Technik erfordern. Technik und digitaler Wandel sollen dem Menschen dienen und nicht umgekehrt.
- bei der wirksamen Bekämpfung des Klimawandels und allen Anstrengungen zur Bewahrung der Schöpfung. Die schreckliche Flutkatastrophe hat uns im Sommer auf drastische Weise die Dringlichkeit dieses Anliegens gezeigt. Wer jetzt nicht entschlossen handelt, bürdet die Kosten und immateriellen Folgen unseres jetzigen Lebensstils den zukünftigen Generationen auf. Das wäre unverantwortlich. Und es wäre zutiefst ungerecht. In der politischen Rahmensetzung für Wirtschaft und Gesellschaft sind die Anforderungen globaler und intergenerationeller Solidarität und Gerechtigkeit zu beachten. Das heißt auch, dass wir alle unsere Verantwortung in der politischen Wahl und in unseren persönlichen Konsum- und Verhaltensweisen wahrnehmen.
- bei einer an der Würde und an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Beantwortung von Fragen zu Flucht und Asyl. Jeder Mensch ist gleichermaßen geschaffen zum Bilde Gottes. Solidarität ist deswegen mit der ganzen Menschheitsfamilie geboten. Die menschenunwürdigen Zustände an den Grenzen Europas müssen überwunden werden. Menschen, die zu ertrinken drohen, müssen gerettet werden. Der besondere Schutz der Familie muss auch und gerade für geflüchtete Familien gelten.

Spaltungen in der Gesellschaft und in Europa entgegenwirken

Ein achtsames, solidarisches und gerechtes Miteinander wirkt einer Polarisierung der Gesellschaft entgegen und stärkt die Gefühle von Zusammenhalt und Gemeinschaft. Als Christinnen und Christen betonen wir die Geschwisterlichkeit der ganzen Menschheitsfamilie. Die Menschenrechte sind deswegen ein kostbares Gut, das es nach Kräften zu schützen gilt. Wie bedroht sie sind, erfahren wir gegenwärtig schmerzlich in Afghanistan. Aus den Fehlern im Umgang mit diesem Konflikt wird für die Zukunft zu lernen sein. Bei den Bemühungen zur Überwindung der Gewalt in der Welt werden das deutsche und das europäische Engagement dringend gebraucht.

Populistischer Stimmungsmache und hetzerischer Rede muss klar und unmissverständlich entgegengetreten werden. Gegenüber extremistischem Gedankengut sind rote Linien zu ziehen. Die Würde des Menschen bleibt oberster Maßstab für das Handeln in Politik und Gesellschaft in Europa.

01.09.2021
141a

- 4 -

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ

Diesen und vielen weiteren Aufgaben kann sich unsere Gesellschaft mit Zuversicht und Mut stellen. Als Kirchen, als Christinnen und Christen, vertrauen wir auf den Schutz und den Beistand Gottes und stehen ein für den Dialog und das friedliche Zusammenleben von Menschen aller Religionen und Weltanschauungen. Darum bitten wir noch einmal: Gehen Sie wählen und stärken Sie ein achtsames, solidarisches und gerechtes Miteinander in unserem Land.“